



Newsletter Regina Jäck

**Wahlkreisabgeordnete
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. In dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied im Sozialausschuss, im Gleichstellungsausschuss und im Haushaltsausschuss. Im Kulturausschuss bin ich ständige Vertreterin.

Der Europäische Protesttag macht deutlich, wie wichtig es ist, die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu stärken und konsequent umzusetzen. Hamburg geht diesen Weg mit klarer Priorität und verbindlichen Strukturen. Inklusion ist bei uns fest als Querschnittsaufgabe in allen Fachbehörden

verankert und wird systematisch gesteuert und weiterentwickelt. Mit der Digitalisierung des Landesaktionsplans schaffen wir mehr Transparenz, bessere Beteiligungsmöglichkeiten und eine verlässliche Steuerung der Maßnahmen.

Ich wünsche allen eine schöne Maiferienwoche!

Herzliche Grüße

Regina Jäck

Infoabend zu Olympia in Leichter Sprache am 19. Mai

Die Lebenshilfe Hamburg lädt am 19. Mai um 19 Uhr zu einem Infoabend zur Olympiaabstimmung in ihrer Geschäftsstelle in der Stresemannstr. 163.

Anmeldung und Infos unter [Mail](#)

Nächste Sitzung der Bürgerschaft am 20. Mai

Unter der Seite [Livestream - Hamburgische Bürgerschaft](#) kann die Sitzung am Sitzungstag live verfolgt werden.

Für gehörlose Menschen gibt es eine Übertragung in Gebärdensprache.

Infostand in Bramfeld am 22. Mai

Am Freitag, den 22. Mai stehen wir von 10-12 mit unserem Infostand auf dem Bramfelder Marktplatz und freuen uns auf die Themen und Fragen der Bramfelderinnen und Bramfelder.

Olympische und Paralympische Spiele: Hamburgs Zukunft jetzt gestalten

Meine Fraktion Hamburg begrüßt die Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters zur möglichen Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele. Für uns ist klar: Ein Ja zur Bewerbung eröffnet große Chancen für die Zukunft der Stadt. Olympia schafft Entwicklungsperspektiven weit über die Spiele hinaus. Bis zum 31. Mai liegt die Entscheidung bei den Hamburger:innen.

Dazu Dirk Kienschner, unser Fraktionsvorsitzender: „Die Spiele werden voraussichtlich 2040 oder 2044 in Deutschland stattfinden. Hamburg sollte diese einmalige Chance nutzen und sie nicht einfach München überlassen. Hamburgs Olympia-Konzept steht für nachhaltige Spiele mitten in der Stadt, mit vielen vorhandenen Sportstätten, Investitionen in die Infrastruktur und neuen Wohnungen. Durch die Modernisierung zahlreicher Trainingsstätten profitieren auch die Sportvereine vor Ort. Die Spiele sind nicht nur ein temporäres Sportereignis, sondern stärken langfristig die Lebensqualität für alle Generationen in unserer Stadt. Projekte, die wir brauchen, etwa in Mobilität, Sport und Infrastruktur, können durch Olympia deutlich schneller oder überhaupt erst umgesetzt werden. Die im Raum stehenden Investitionsmittel stehen nur dem Austragungsort zur Verfügung. Die anderslautenden Aussagen der Linksfraktion zu angeblich frei verfügbaren Alternativen sind schlicht falsch und verantwortungslos. Statt auf eine sachliche Debatte setzt die Linksfraktion auf Populismus und wird damit zum Steigbügelhalter von Markus Söder. Olympia ist eine Chance für die ganze Stadt - nutzen wir sie. Daher ein klares Ja für Hamburg!“

Inklusion mit Priorität: Hamburg treibt Umsetzung der UN-Behindertenrechts- konvention konsequent voran

Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen haben wir gemeinsam mit den Grünen die Bedeutung von Inklusion, Teilhabe und gleichberechtigter Mitwirkung in allen Lebensbereichen unterstrichen. Eine aktuelle Schriftliche Kleine Anfrage, die ich gemeinsam mit Kathrin Warnecke (Grüne) erstellt habe, zeigt, dass Hamburg beim Ausbau inklusiver Strukturen bereits deutliche Fortschritte erzielt hat. Mit der Digitalisierung des Landesaktionsplans geht die Stadt zudem den nächsten Schritt in Richtung Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Bereits 56 von 66 Maßnahmen des Landesaktionsplans sind aktuell im Controlling, zwölf davon abgeschlossen und 34 in laufender Umsetzung.

Der Europäische Protesttag macht deutlich, wie wichtig es ist, die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu stärken und konsequent umzusetzen. Hamburg geht diesen Weg mit klarer Priorität und verbindlichen Strukturen. Inklusion ist bei uns fest als Querschnittsaufgabe in allen Fachbehörden verankert und wird systematisch gesteuert und weiterentwickelt. Mit der Digitalisierung des

Landesaktionsplans schaffen wir mehr Transparenz, bessere Beteiligungsmöglichkeiten und eine verlässliche Steuerung der Maßnahmen. Gleichzeitig investieren wir gezielt in digitale Barrierefreiheit, etwa durch Angebote in Leichter Sprache und Gebärdensprachvideos. Unser Ziel ist eine Stadt, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können. Daran arbeiten wir konsequent weiter.

Inklusiver Wassersport auf der Alster



Am 5. Mai 2026, dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, wurde die Außenalster in Hamburg zur Bühne für gelebte Inklusion.

Unter dem Motto „Eine Chance für alle“ hat der Hamburger Wassersport gezeigt, was Inklusion auf dem Wasser heute schon heißt – 25 Tage vor dem Hamburger Olympia-Referendum am 31. Mai, am Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Ausgerichtet vom Hamburger Segel-Club und Wir sind Wir Inclusion in Sailing e.V. – gemeinsam mit dem Landessportamt Hamburg und dem Vorprojekt

Olympische und Paralympische Spiele der Behörde für Inneres und Sport als Co-Gastgeber.

Was an diesem Tag auf der Alster möglich war:

Ein 67-jähriger Hamburger Segler kehrte nach drei Jahren Genesung von einem schweren Schlaganfall aufs Wasser zurück – und entschied noch am selben Tag, dem gastgebenden Hamburger Segel-Club als Mitglied beizutreten.

Eine Hamburger Familie verbrachte den Geburtstag der Mutter mit ihrer 8-jährigen Tochter, die mit einer Beeinträchtigung lebt, gemeinsam auf einem Segelboot.

Patientinnen und Patienten des BG Klinikums Hamburg saßen zum ersten Mal an Bord einer RS Venture Connect. Schülerinnen und Schüler der Bugenhagenschule Alsterdorf, das Heinz Kettler Inclusive Youth Sailing Team Germany und das BAT Sailing Team mit blinden, sehbehinderten und körperlich beeinträchtigten Seglerinnen und Seglern – alle waren dabei.

Am Abend setzten vier Hamburger Segel-Bundesliga-Crews unter den neuen Paralympischen und Olympischen Gennakern ein weithin sichtbares Zeichen für die Hamburger Bewerbung um die Spiele. Mit dabei: der amtierende Deutsche Meister, Norddeutscher Regatta Verein.

Hamburgs Wassersport hat sich klar zu Paralympischen und Olympischen Spielen in Hamburg bekannt – ein Bekenntnis, das die Partner der Inklusiven Alster gemeinsam tragen.

Besuch im Dialoghaus am 4. Mai



Das Dialoghaus Hamburg zeigt auf besondere Weise, wie wichtig Inklusion für unsere Gesellschaft ist, das konnte ich bei meinem Besuch am 4. Mai wieder erleben.

Mit Ausstellungen wie „Dialog im Dunkeln“ und „Dialog im Stillen“ ermöglichen die Mitarbeitenden echte Perspektivwechsel. Besucher:innen erleben, wie sich der Alltag von blinden, sehbehinderten oder gehörlosen Menschen anfühlt. Das schafft Verständnis, baut Vorurteile ab und bringt Menschen miteinander ins Gespräch.

Gerade deshalb ist es so wichtig, diesen besonderen Lern- und Erlebnisort langfristig zu erhalten.

Mit den Mitteln für die Machbarkeitsstudie haben wir Anfang des Jahres in der Bürgerschaft einen wichtigen Schritt gemacht, um die Zukunft des Dialoghauses an einem neuen, barrierefreien Standort zu sichern.

Gedenkstunde der Bürgerschaft zum 8. Mai



Foto: Bürgerschaft Hamburg

Mit einer Feierstunde hat die Hamburgische Bürgerschaft an das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa erinnert. Im Mittelpunkt stand die bewegende Zeitzeugenperspektive der Holocaust-Überlebenden Helga Melmed.

Mit einer Feierstunde vor Beginn der Plenarsitzung hat die Hamburgische Bürgerschaft am Mittwoch an die Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa vor 81 Jahren erinnert.

Zeitzeugin berichtet von Verfolgung und Überleben

Im Mittelpunkt der Feierstunde stand die Holocaust-Überlebende Helga Melmed. Sie wurde als Kind deportiert, ihre Eltern wurden im Ghetto Lodz/Litzmannstadt ermordet. Melmed selbst überlebte mehrere Konzentrationslager, darunter auch das KZ Neuengamme.

Helga Melmed, Holocaust-Überlebende, sagte: „Für mich bedeutet Freiheit, eine Wahl zu haben und wählen zu dürfen. Demokratie ermöglicht diese Freiheit. Doch Demokratie ist zerbrechlich. Es gab schon immer Menschen, die dies ausnutzen, und es erfordert Mut, für Gleichheit einzustehen. Und es braucht Gesetze, um die Freiheit für alle zu schützen.“ Weiterhin forderte sie jeden auf, kluge Entscheidungen zu treffen: "Unsere Entscheidungen heute werden sich auf die kommenden Generationen auswirken. Lernt voneinander, anstatt einander zu hassen. Liebe ist nicht nur besser als Hass, Liebe ist auch stärker als Hass.“

Ihre Geschichte steht stellvertretend für das Schicksal vieler Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt und ermordet wurden.

Hier finden Sie die ganze [Rede von Helga Melmed](#).

Verantwortung für Erinnerung und Demokratie

Zu Beginn der Feierstunde sprach Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit. Sie betonte die Bedeutung des Gedenkens für die Gegenwart und Zukunft.

„Wir tragen die Verantwortung dafür, dass Berichte von Zeitzeug:innen und ihre Erfahrungen erhalten bleiben. Obwohl wir uns so lange alle gemeinsam das vereinte „nie wieder“ beschworen haben, nehmen Nationalismus und Antisemitismus, Rassismus und Verschwörungserzählungen auch hierzulande erschreckend zu.“, so **Präsidentin Carola Veit**. "Der jahrzehntelange Konsens, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, bröckelt. Im Netz wird der Nationalsozialismus verharmlost, Angriffe auf Gedenkstätten und Übergriffe auf Jüd:innen nehmen zu." Sie betont die Bedeutsamkeit, nicht zu vergessen: "Gedenkarbeit ist jetzt wichtiger denn je! Wenn wir diese Verantwortung übernehmen, können wir unsere friedliche und freiheitliche Gesellschaft beschützen und damit die wichtigste Errungenschaft nach Ende des Zweiten Weltkriegs: die unantastbare Menschenwürde.“

Hier finden Sie die ganze [Rede von Präsidentin Carola Veit](#).

Der 8. Mai 1945 markiert einen historischen Wendepunkt: das Ende von Krieg und Gewaltherrschaft sowie den Beginn von Frieden und Demokratie in Deutschland und Europa. Mit dem jährlichen Gedenken würdigt die Bürgerschaft die Befreienden und erinnert zugleich an die Opfer des Nationalsozialismus.

Gesundheitsversorgung in sozial benachteiligten Stadtteilen: Hamburg setzt sich für kleinräumigere Bedarfsplanung und mehr Einfluss der Länder ein

Die Einflussmöglichkeiten der Länder auf die ambulante Gesundheitsversorgung sind derzeit begrenzt. Unser Senat setzt sich deshalb auf Bundesebene für eine kleinräumigere Bedarfsplanung und mehr Mitspracherechte in den Zulassungsgremien ein, insbesondere um Versorgungslücken in sozial benachteiligten Stadtteilen gezielter schließen zu können. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Schriftliche Kleine Anfrage unserer gesundheitspolitischen Sprecherin, Claudia Loss, hervor. Meine Fraktion Hamburg sieht darüber hinaus die Kassenärztliche Vereinigung in der Verantwortung, ihre bestehenden Sicherstellungsinstrumente konsequent zu nutzen, um Versorgungslücken vor Ort zu schließen.

Dazu Claudia Loss, unsere gesundheitspolitische Sprecherin: „Hamburgs Gesundheitsversorgung ist gut aufgestellt, wenn man die gesamte Stadt betrachtet. Aktuell können Versorgungslücken aber gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen nicht ausreichend geschlossen werden. Wir fordern daher seit langem eine kleinteiligere Bedarfsplanung, die die Versorgung der Stadtteile stärker in den Blick nimmt. Die Stadt hat hier leider nur sehr begrenzten Einfluss, denn über die Vergabe der Kassensitze entscheidet in erster Linie die Kassenärztliche Vereinigung und der Zulassungsausschuss. Im Zulassungsausschuss hat die Sozialbehörde lediglich ein Mitspracherecht, mitentscheiden darf sie aber nicht. Klar ist: Alle Akteure im Gesundheitswesen haben ein Interesse an einer guten Versorgung für die Hamburgerinnen und Hamburger, doch die bestehenden bundesrechtlichen Vorgaben setzen hier enge Grenzen. Die Bedarfsplanungsrichtlinien des Bundes schränken die Handlungsspielräume von Krankenkassen, Kassenärztlicher Vereinigung und Zulassungsausschuss erheblich ein. Da muss sich etwas ändern.

Entscheidend ist, dass die Stimme der Länder stärker wird. Die Sozialbehörde braucht im Zulassungsausschuss nicht nur ein Mitspracherecht, sondern endlich auch ein Stimmrecht. Die aktuelle Situation ist festgefahren, auch weil die Länder keine echte Entscheidungskompetenz haben. Jetzt ist Bundesgesundheitsministerin Warken gefragt, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Eine kleinteiligere Bedarfsplanung und mehr Einfluss der Länder sind entscheidend, um Versorgungslücken gezielt zu schließen und die medizinische Versorgung vor Ort spürbar zu verbessern. Ich begrüße daher, dass sich der Senat weiterhin aktiv beim Bund für Veränderungen einsetzt, die eine bessere Gesundheitsversorgung insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen ermöglichen.“

Neue Regeln für die Kurzzeit- und Ferienvermietung: Hamburg stärkt die Sicherung von dauerhaftem Wohnraum

Angesichts des wachsenden Drucks auf den Wohnungsmarkt ergreift Hamburg weitere Maßnahmen zur Sicherung von Wohnraum für die langfristige Nutzung. Die Hamburgische Bürgerschaft hat dazu heute die Änderung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes beschlossen. Damit wird die Rechtslage an die ab dem 20. Mai 2026 geltende Verordnung der Europäischen Union zum Datenaustausch bei Kurzzeitvermietungen angepasst, mit dem zukünftig die unzulässig lange Ferien- und Kurzzeitvermietung von Wohnraum erkennbar wird. Darüber hinaus wird die sogenannte Bagatellgrenze abgeschafft, mit der es bislang möglich war, bis zu 50 Prozent der eigenen Wohnfläche (also auch einzelne Zimmer) zeitlich unbegrenzt kurzfristig zu vermieten. Künftig wird diese Form der Nutzung nur noch für maximal acht Wochen pro Kalenderjahr genehmigungsfrei zulässig sein. Die neuen Regelungen tragen dazu bei, Wohnraum stärker für den regulären Mietmarkt zu sichern, die touristische Nutzung wieder in die dafür vorgesehenen Segmente wie Hotels oder Boardinghäuser zu verlagern und die Verfügbarkeit von dauerhaftem Wohnraum für die Bevölkerung zu verbessern.

Hamburg hat einen angespannten Wohnungsmarkt und ein sehr geringes Angebot an freien Wohnungen. Viele Menschen leben in zu großen oder zu kleinen Wohnungen, weil sie keine geeignetere Wohnung finden können. Gleichzeitig nimmt die kurzfristige, häufig möblierte Vermietung von Wohnungen deutlich zu: Online-Plattformen zur Vermittlung privater Unterkünfte zu touristischen Zwecken und darüber hinaus sind in den vergangenen Jahren rasant gewachsen. Die kurzfristige Vermietung von Wohnraum an wechselnde Gäste hat sich trotz der bestehenden Regelungen zunehmend zu einem wirtschaftlich attraktiven Geschäftsmodell entwickelt, das insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten zu Verdrängung der dauerhaften Wohnnutzung führt und das Angebot zusätzlich verknappt. Der Stadt Hamburg ist es daher ein zentrales Anliegen, Wohnraum wieder verstärkt für dauerhaftes Wohnen verfügbar zu machen und damit die Balance zwischen neuen

Vermietungsformen und der Sicherstellung von ausreichend Wohnraum für die Bevölkerung zu gewährleisten.

Karen Pein, unsere Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen:
„Wohnraum ist in Hamburg ein knappes Gut und soll in erster Linie der dauerhaften Wohnnutzung dienen. Mit der Änderung des Wohnraumschutzgesetzes soll genau das erreicht werden: Wohnraum, der zur Erzielung höherer Einnahmen bislang über acht Wochen hinaus nur kurzzeitig vermietet wird, soll wieder dem dauerhaften Wohnen zugeführt werden. Es spricht gar nichts dagegen, auch einzelne Zimmer zu vermieten – dann aber bitte langfristig und unter Berücksichtigung der ortsüblichen Vergleichsmiete.“

Mit der neuen Verordnung (EU) 2024/1028 werden Online-Plattformen erstmals europaweit verpflichtet, umfassende Daten zu vermittelten Übernachtungen an die zuständigen Behörden zu übermitteln. Damit wird es zukünftig einfacher sein, Vermietungstätigkeiten, die über die erlaubten acht Wochen pro Jahr hinausgehen, zu erkennen. Zudem wird Hamburg das bestehende Registrierungsverfahren zur Vergabe der Wohnraumschutznummer weiterentwickeln und die Transparenz im Markt erhöhen. Für Gastgeberinnen und Gastgeber entfällt dadurch die Pflicht, Daten selbst zu melden. Die bisherige Registrierungsspflicht und die Pflicht zur Angabe der dabei erhaltenen Wohnraumschutznummer bleiben jedoch bestehen.

Darüber hinaus wird eine bisherige Ausnahmeregelung angepasst, um die Steuerungswirkung der Regelungen zu verbessern. Auch weiterhin sind Kurzzeitvermietungen bis zu acht Wochen pro Jahr erlaubt. Bisher war es jedoch möglich, bis zu 50 Prozent der eigenen Wohnfläche zeitlich unbegrenzt kurzfristig zu vermieten. Künftig gilt die Acht-Wochen-Regel unabhängig von der Wohnfläche, also auch für einzelne Zimmer. Unbenommen und sogar erwünscht ist hingegen die langfristige und unbefristete Vermietung. Dies ist genehmigungsfrei in der Regel ab sechs Monaten möglich, kann aber unter bestimmten Umständen auch schon ab drei Monaten gegeben sein, wenn beispielsweise Gaststudierende oder Berufstätige vorübergehend ihren Lebensmittelpunkt nach Hamburg verlagern.

Das Ziel ist es, Wohnraum verstärkt dem langfristigen Mietmarkt zuzuführen und damit die Versorgung der Hamburger Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum nachhaltig zu sichern. Insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten ist es entscheidend, vorhandenen Wohnraum möglichst vollständig für die langfristige Nutzung verfügbar zu halten. Wenn Wohnungen verstärkt für kurzfristige, oftmals hochpreisige Vermietungen genutzt werden, verringert sich das Angebot für dauerhafte Mietverhältnisse. Die neuen Regelungen leisten somit einen wichtigen Beitrag, das Angebot zu stabilisieren und die Entwicklung der Mietpreise zu dämpfen.

Die Änderungen zum Wohnraumschutzgesetz treten gestaffelt in Kraft: Das angepasste Hamburgische Wohnraumschutzgesetz gilt ab dem 20. Mai 2026. Nur die Aufhebung der 50-Prozent-Ausnahme bei Kurzzeitvermietungen erfolgt mit einer Übergangsregelung zum 1. Januar 2027. Damit bleibt ausreichend Zeit, sich auf die neuen Vorgaben einzustellen.

Auch bei dem Thema der Untervermietungen, die nach §§ 540 BGB nur mit Zustimmung der Vermieterinnen- und Vermieterseite möglich ist, gibt es Neuerungen. In seinem Urteil vom 28. Januar 2026 (VIII ZR 228/23) stellt der Bundesgerichtshof klar, dass Untervermietung dem Erhalt bestehender Mietverhältnisse dienen soll und nicht der Gewinnerzielung. Diese Grundsätze werden mit den neuen Regelungen konsequent auf weitere Nutzungsformen übertragen.

Weitere Informationen (FAQ) unter <http://www.hamburg.de/go/1172110>

Mieter:innen besser schützen: Bund greift Hamburger Forderungen zu Indexmieten und möbliertem Wohnen auf

Wir fordern seit langem eine Begrenzung von Indexmieterhöhungen und mehr Transparenz und klarere Regeln bei der Vermietung möblierter Wohnungen. Der Beschluss zeigt, dass dieser Einsatz auf Bundesebene Wirkung entfaltet. Konkret sieht der Entwurf unter anderem eine Begrenzung von Indexmieterhöhungen in angespannten Wohnungsmärkten sowie mehr Transparenz und klarere Regeln bei der Vermietung möblierter Wohnungen vor. Damit können Schlupflöcher im Mietrecht geschlossen und Mieter:innen künftig wirksamer geschützt werden.

Dazu Martina Koeppen, unsere stadtentwicklungspolitische Sprecherin: „Gerade in einer Mieter:innenstadt wie Hamburg brauchen wir klare Regeln, die Mieter:innen im Alltag wirklich schützen. Der vom SPD-geführten Bundesjustizministerium ins Kabinett eingebrachte Gesetzesentwurf greift jetzt auf, was die FDP im Bund vorher blockiert hat und wir in Hamburg seit Jahren fordern: Indexmieten dürfen in Zeiten hoher Inflation nicht zur Kostenfalle werden und möblierte Wohnungen dürfen nicht dazu dienen, die Mietpreisbremse zu umgehen. Dass Indexmieterhöhungen in angespannten Wohnungsmärkten künftig ab drei Prozent pro Jahr gebremst werden können und Möblierungszuschläge offengelegt werden müssen, ist ein wichtiger Fortschritt. Das stärkt Transparenz, schiebt Missbrauch einen Riegel vor und ist ein Erfolg des langen politischen Drucks aus Hamburg. Jetzt kommt es darauf an, den Entwurf zügig in Gesetzesform zu bringen und den Mieter:innenschutz an dieser Stelle nicht zu verwässern.“

Hintergrund

Der Gesetzesentwurf wurde am 29. April vom Bundeskabinett beschlossen und sieht unter anderem eine Bremse ab einer Drei-Prozent-Grenze für Indexmieten in angespannten Märkten sowie neue Offenlegungs- und Berechnungsregeln für Möblierungszuschläge vor. Damit werden zentrale Punkte aufgegriffen, die die SPD-Fraktion Hamburg seit Langem einfordert. Zudem sieht der Entwurf unter anderem mieterschutzrechtliche Regelungen bei der Schonfrist ordentlicher Kündigungen vor. Bei der Anwendung von vereinfachten Verfahren sollen die Wertgrenzen kleinerer Modernisierungsmaßnahmen auf 20.000 Euro angehoben werden. Den Gesetzesentwurf sowie die Pressemitteilung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz finden Sie [hier](#).

Jenfelder Erinnerungskultur-Projekt „Wie wollen wir erinnern?“ mit Hamburger Stadtteilkulturpreis 2026 ausgezeichnet

Das Projekt „Wie wollen wir erinnern?“ vom Salon International erhielt in diesem Jahr den wichtigsten Preis für Hamburger Stadtteilkultur. Mit dem Stadtteilkulturpreis werden wegweisende Projekte und Programme der lokalen Kultur in Hamburg gewürdigt. Er ist mit 10.000 Euro dotiert und wurde heute durch den Senator für Kultur und Medien Dr. Carsten Brosda im feierlichen Rahmen der Halle 424 im Oberhafen überreicht. Durch die Veranstaltung führte die Autorin und Slam poetin Mona Harry. Ein Kurzfilm des Filmemachers Martin D’Costa stellte das ausgezeichnete Projekt vor. Der mit 2.000 Euro dotierte Publikumspreis der Stadtteilkultur ging an das Projekt „Voices of Bahrenfeld“.

Dr. Carsten Brosda, unser Senator für Kultur und Medien: „Herzlichen Glückwunsch an die beiden ausgezeichneten Projekte! Mit ‚Wie wollen wir erinnern?‘ zeigt Salon International eindrucksvoll, wie Stadtteilkultur in Jenfeld neue Wege der Auseinandersetzung mit ihrer Stadtteilgeschichte eröffnet. Das Projekt verbindet lokale Erfahrungen mit globalen Perspektiven, nimmt unterschiedliche Perspektiven auf und macht Erinnerungskultur unmittelbar erlebbar. Das mit dem Publikumspreis ausgezeichnete Audio-Walk-Projekt ‚Voices of Bahrenfeld‘ ist ein weiteres herausragendes Beispiel dafür, wie innovative Projekte gemeinsam mit

Kindern und Jugendlichen die Menschen vor Ort aktiv einbinden und Stadtteilgeschichte hörbar machen.

Gerade in einer Zeit, in der die Freiheit der Künste und das Vertrauen in Kulturinstitutionen unter Druck geraten, ist es wichtiger denn je, solche offenen Räume für Dialog und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Dafür setzen wir uns mit Nachdruck in Hamburg ein. Mein besonderer Dank gilt allen Förderern des Stadtteilkulturpreises sowie STADTKULTUR HAMBURG.“

Corinne Eichner, Geschäftsführung STADTKULTUR HAMBURG: „Das Projekt ‚Wie wollen wir erinnern?‘ von Salon International macht deutlich, wie künstlerische Freiheit gerade in Zeiten sich verhärtender Debatten neue Räume für Austausch eröffnen kann. Es bringt Menschen im Stadtteil zusammen, um auf neue, innovative Weise unterschiedliche Perspektiven auf Geschichte sichtbar zu machen und Erinnerungskultur gemeinsam weiterzuentwickeln.“

Mit dem Publikumspreis für ‚Voices of Bahrenfeld‘ der Kulturagent:innen Hamburg wird außerdem ein Projekt gewürdigt, in dem junge Menschen ihren Stadtteil selbst erzählen – und damit zeigen: Eine neue Generation erhebt ihre Stimmen und gestaltet aktiv mit, wie wir als Stadtgesellschaft erinnern wollen. Beiden Projekten gratulieren wir herzlich zu dieser Auszeichnung.“

Das partizipative **Projekt „Wie wollen wir erinnern?“** initiiert rund um den sogenannten Tansania-Park in Jenfeld einen offenen Dialograum, in dem Nachbarschaft, Künstler:innen und Expert:innen gemeinsam Fragen von Kolonialgeschichte, Erinnerungskultur und Perspektivwechsel verhandeln.

Die **Jury** würdigte insbesondere die gesellschaftliche Relevanz und innovative Herangehensweise des Projekts:

„Die Jury zeichnet das Projekt ‚Wie wollen wir erinnern?‘ aus, weil es sich auf innovative und partizipative Weise mit dem kolonialen Erbe des sogenannten Tansania-Parks in Hamburg-Jenfeld auseinandersetzt. Es verbindet lokale Perspektiven und aktuelle Fragestellungen mit globalen historischen Zusammenhängen und bringt Themen wie Kolonialismus und Nationalsozialismus in einen direkten Bezug zur Lebenswelt vor Ort. Mit künstlerischen und kreativen Formaten eröffnet das Projekt neue, niedrigschwellige Zugänge zur Geschichte und macht sie im Alltag erfahrbar. Im Zentrum steht die aktive Beteiligung der Bewohner:innen: Erinnerung wird nicht vorgegeben, sondern gemeinsam gestaltet. Durch die Einbindung unterschiedlicher Perspektiven, unter anderem aus der Schwarzen Community sowie durch internationale Kooperationen, entsteht ein vielstimmiger Austausch. In der Verbindung von kultureller Bildung, künstlerischer Praxis und nachbarschaftlichem Engagement zeigt das Projekt beispielhaft, wie zeitgemäße Erinnerungskultur im Stadtteil gelingen kann: offen, dialogisch und gesellschaftlich relevant.“

Der **Stadtteilkulturpreis** wird gestiftet und unterstützt von der Hamburgischen Kulturstiftung, der Gabriele Fink Stiftung, der Patriotischen Gesellschaft von 1765 sowie der Behörde für Kultur und Medien. Die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. fördert die Umsetzung.

STADTKULTUR HAMBURG, Dachverband für lokale Kultur und kulturelle Bildung, verantwortet als Branchenexpert:in die Konzeption und Durchführung des Wettbewerbs.

Im Bewerbungszeitraum für den 23. Hamburger Stadtteilkulturpreis von Anfang November 2025 bis Anfang Januar 2026 wurden insgesamt 57 Projekte und Programme eingereicht. Die Preisstifter:innen nominierten daraus **zehn Finalist:innen**, die die Vielfalt und Qualität der Hamburger Stadtteilkultur exemplarisch abbilden (in alphabetischer Reihenfolge):

1. Die Stadtteilperformance **ALTONA MACHT AUF!** des altonale freundeskreis
2. Das Empowermentprojekt **Hajusom Rap Squad** vom Hajusom e. V.
3. Das **Hammer Sommerfestival** der Stadtteilinitiative Hamm
4. Der **Kreativ-Stammtisch 60+ im Altonaer Museum** von DINGE Fotokunst
5. Die Literaturreihe **Kulturhaus Schmökerei** vom Kulturhaus Süderelbe
6. Die inklusiven **Minibar Moralia Festspiele** von Atelier Freistil, Barner 16 und Minibar Moralia
7. Das Kunst- und Medienprojekt **So wünsche ich mir Ottensen** vom bild+begegnung e. V.
8. Das Projekt **theater 36 - Bühnenkunst inklusiv** am Goldbekhaus von Leben mit Behinderung Hamburg
9. Der Audio-Walk **Voices of Bahrenfeld** der Kulturagent:innen Hamburg

Die Auswahl des Gewinner:innen-Projektes erfolgte durch die Jury mit Prof. Dr. Julius Heinicke (Institut für Kulturpolitik, Universität Hildesheim), Jennifer Tharr (DROSOS STIFTUNG) und Klaus Kolb (ehemaliger Geschäftsführer der KUNSTKLINIK).

Publikumspreis der Stadtteilkultur 2026

Zum dritten Mal wurde in diesem Jahr der Publikumspreis der Hamburger Stadtteilkultur vergeben, der mit 2.000 Euro dotiert ist. Über einen Zeitraum von drei Wochen hatte die Öffentlichkeit die Möglichkeit, online für eines der zehn Finalist:innen-Projekte abzustimmen. Der Preis wurde im Rahmen der Verleihung von der Geschäftsführerin von STADTKULTUR HAMBURG, Corinne Eichner, an die Kulturagent:innen Hamburg überreicht. Das Projekt **„Voices of Bahrenfeld“** ermöglichte rund 500 Schüler:innen der Esther-Bejarano-Schule, ihren Stadtteil im Rahmen eines Audio-Walks neu zu erzählen.

Die **Hamburger Stadtteilkultur** steht für aktive Teilhabe, gesellschaftliche Mitgestaltung und kulturelle Vielfalt. Sie schafft Räume für Begegnung, stärkt Bildungsgerechtigkeit und fördert künstlerischen Nachwuchs. Als unverzichtbarer Bestandteil urbaner Entwicklung ermöglicht sie Identitätsbildung vor Ort und bringt Kultur dorthin, wo

Palliativversorgung im häuslichen Umfeld statt im Krankenhaus: Pilotprojekt NotfallPalli startet im Mai

Viele ältere oder schwerstkranke Menschen wünschen sich, zu Hause beziehungsweise im gewohnten Umfeld zu sterben. Tatsächlich verstirbt jedoch nahezu die Hälfte aller Menschen in Deutschland im Krankenhaus. Denn vor allem in Notfallsituationen im eigenen Zuhause oder in stationären Pflegeeinrichtungen kommt es immer wieder zu Krankenhausaufnahmen, die medizinisch in dieser Situation gar nicht sinnvoll sind beziehungsweise die von den Betroffenen gar nicht gewollt sind. Hier setzt das Pilotprojekt NotfallPalli an, das am 1. Mai startet: Es umfasst eine bedarfsgerechte, ambulante Notfall-Palliativversorgung im häuslichen Umfeld oder in Pflegeeinrichtungen, die es schwerstkranken Menschen ermöglicht, ihre letzte Lebensphase selbstbestimmt und in vertrauter Umgebung zu verbringen. Unnötige Krankenhausaufenthalte sollen vermieden werden.

Ein NotfallPalli-Team besteht aus speziell qualifizierten Ärztinnen und Ärzten sowie Pflegefachkräften mit palliativmedizinischer Erfahrung. Es kann vom Kassenärztlichen Notfalldienst, dem Rettungsdienst oder der Feuerwehr oder über stationäre Palliativdienste der teilnehmenden Krankenhaus-Notaufnahmen angefordert werden, wenn bei einem Patienten oder einer Patientin eine Krankenhauseinweisung nicht gewünscht oder medizinisch nicht indiziert ist. Das NotfallPalli-Team übernimmt dann die Versorgung der Betroffenen vor Ort. Innerhalb von bis zu 72 Stunden wird entschieden, ob eine weitere Versorgung zu Hause möglich ist, der Hausarzt oder die Hausärztin die Versorgung übernehmen kann, eine ambulante Palliativversorgung angebunden wird, eine Hospizaufnahme oder Verlegung auf eine Palliativstation sinnvoll ist oder in Ausnahmefällen doch eine Krankenhauseinweisung erforderlich wird.

Derzeit besteht kein finanziertes Versorgungsmodell für Menschen in palliativen Notfall-Situationen, das eine kurzfristige qualifizierte Versorgung im häuslichen Umfeld oder in einer stationären Pflegeeinrichtung ermöglicht. Für das Angebot haben sich zahlreiche Versorgende aus der Palliativversorgung und Hospizarbeit sowie verschiedene Institutionen und Träger in Hamburg zusammengeschlossen. Getragen und finanziell unterstützt wird das Pilotprojekt vom **Verein PalliativQuartier Hamburg e. V.** Das Angebot

steht während der Pilotphase vom 1. Mai 2026 bis zum 28. Februar 2027 rund um die Uhr zur Verfügung. Die Projektleitung hat die Goldbach PalliativPflegeTeam GmbH (Sven Goldbach) und die Universitätsprofessur für Palliativmedizin am UKE (Prof. Dr. Karin Oechsle). An der Entwicklung und Durchführung des Projektes aktiv beteiligt sind:

1. die Teams der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) PalliativPartner Hamburg, Pontis Palliative Care und Palliativ Care Team Alster
2. die Ambulanten Hospizdienste Hamburger Hospiz e. V., Elbdiakonie e. V. und Hospizverein Hamburger Süden
3. die palliativmedizinischen Abteilungen des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE), der Asklepios Klinik St. Georg und des Asklepios Klinikums Harburg
4. die Hamburger Sozialbehörde
5. die Hamburger Feuerwehr, inkl. Notfall-Seelsorge
6. die Hamburger Notärztinnen und Notärzte, inkl. der leitenden Notärzte der Kliniken für Anästhesiologie am UKE und AK Harburg
7. der Hausärztinnen- und Hausärzteverband Hamburg e. V.
8. die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg.

Die beteiligten Institutionen entwickeln gemeinsam standardisierte Abläufe, Austauschformate und Qualitätssicherungsinstrumente.

Wissenschaftlich begleitet wird das Pilotprojekt durch die Palliativmedizin in Kooperation mit den Instituten für Biometrie und Allgemeinmedizin des UKE. Ziel ist es, den konkreten Bedarf an einer Notfall-Palliativversorgung in Hamburg zu ermitteln, die Versorgungsqualität, Prozesse und Wirtschaftlichkeit der Notfall-Palliativversorgung systematisch zu evaluieren und eine belastbare Datengrundlage für eine mögliche zukünftige Entwicklung gegenfinanzierter Versorgungsmodelle zur Notfall-Palliativversorgung für Hamburg und ganz Deutschland zu schaffen.

Straßensozialarbeit neu aufgestellt: Bezirke übernehmen zukünftig in Mitte und Altona - Diakonie für Harburg

Hamburg organisiert die Straßensozialarbeit neu: In Hamburg-Mitte und Altona werden künftig die Bezirksämter die Verantwortung übernehmen, in Harburg das Diakonische Werk. Ziel ist es, die im vergangenen Jahr vorgestellte Neukonzeption umzusetzen und obdachlose Menschen schneller zu erreichen sowie besser in Beratung, Versorgung und Unterbringung zu vermitteln. Die Neuorganisation wird schrittweise umgesetzt: In Hamburg-Mitte und Altona schaffen die Bezirksämter zunächst die organisatorischen Voraussetzungen, bevor sie die Straßensozialarbeit vollständig übernehmen.

Im Bezirk Harburg übernimmt das Diakonische Werk die Straßensozialarbeit. In Hamburg-Mitte und Altona wird sie künftig in öffentlicher Verantwortung organisiert. Dabei bestehen unterschiedliche Ausgangsbedingungen: In Hamburg-Mitte sind bereits bezirkliche Strukturen vorhanden, die nun weiter ausgebaut werden, um die vollständige Übernahme sicherzustellen. In Altona wird die Straßensozialarbeit derzeit noch durch freie Träger umgesetzt; parallel bereitet das Bezirksamt die Übernahme vor, unter anderem durch Strukturaufbau und Personalgewinnung. Bis dahin wird die Straßensozialarbeit in einer Übergangsphase weiterhin durch bestehende Angebote sichergestellt.

Unsere Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer: „Mit der Verfestigung von Obdachlosigkeit finden wir uns nicht ab. Deshalb stellen wir die Straßensozialarbeit in Hamburg grundlegend neu auf. Unser Ziel ist es, die Lebenslage obdachloser Menschen zu verbessern und Stadtteile zu entlasten. Künftig arbeiten wir stärker aktivierend, um Menschen schneller in Hilfs- und Beratungsangebote zu vermitteln. Hierfür stärken wir auch die Kooperation aller beteiligten staatlichen und nicht staatlichen Stellen. So bringen wir Hilfe näher zu den Menschen, die sie brauchen, und erreichen sie schneller und verlässlicher.“

Ralf Neubauer, Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte: „Das Bezirksamt Hamburg-Mitte verfügt bereits heute über gut funktionierende und bewährte Strukturen in der Straßensozialarbeit. Der Bedarf an schnellen, gezielten und nachhaltigen Hilfen ist allerdings auch groß und deshalb freue ich mich, dass wir hier nun personell spürbar verstärkt werden. Diese Verstärkung wird auf der Straße ankommen. Nach unserer Überzeugung brauchen wir dabei eine über Quartiers- und Bezirksgrenzen vernetzt arbeitende Straßensozialarbeit, wir planen daher unter anderem eine enge Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Altona, aber auch mit vielen weiteren Stellen in der Stadt.“

Dr. Sebastian Kloth, Bezirksamtsleiter Altona: „Obdachlosigkeit ist ein Thema, vor dem wir als Stadt nicht die Augen verschließen – schon gar nicht als Verwaltung. In den Bezirken haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder erlebt, wie groß der Hilfebedarf für Menschen ist, die von Obdachlosigkeit betroffen sind. Mit der Kommunalisierung der Straßensozialarbeit in den Bezirken Altona und Hamburg-Mitte wollen wir die Hilfe intensivieren und mit einer Vernetzung der beiden Bezirke dazu

beitragen, obdachlose Menschen schneller zu erreichen sowie besser in Beratung, Versorgung und Unterbringung zu vermitteln.“

Landespastorin Annika Woydack, Vorstandsvorsitzende Diakonie Hamburg: „Wir freuen uns sehr, die Straßensozialarbeit im Hamburger Süden weiter zu verantworten und zu stärken. Mit drei Stellen können wir im Bezirk Harburg noch präsenter sein, um auf die angespannte Lage obdachloser Menschen zu reagieren. Wir beobachten, dass sich Obdachlosigkeit zunehmend nach Harburg und Wilhelmsburg verlagert. Umso wichtiger ist auch dort eine verlässliche, aufsuchende Straßensozialarbeit, die Menschen niedrigschwellig anspricht und sie im Kontext des Hilfesystems in Beratung, Versorgung und konkrete Perspektiven begleitet.“

Synergien nutzen, Hilfen schneller wirksam machen

Die künftig in den Bezirken Hamburg-Mitte und Altona bezirklich organisierte Straßensozialarbeit mit zwei bezirklichen Koordinierungsstellen sorgt für bessere Abstimmung, mehr Flexibilität und einen direkteren Zugang zu bestehenden Hilfsangeboten. Vor Ort steht dafür ein breites Netz an Einrichtungen und Angeboten der Obdachlosenhilfe zur Verfügung – so kommen Hilfen schneller und passgenauer bei den Menschen an.

Die Zusammenarbeit vor Ort wird deutlich erleichtert: Abstimmungen erfolgen schneller, Wege werden kürzer und Hilfen greifen früher. Straßensozialarbeit, Fallkoordination, Unterbringung und Beratung arbeiten enger zusammen. Da zwischen Hamburg-Mitte und Altona enge Wegebeziehungen bestehen, ermöglicht die eng abgestimmte Steuerung beider Bezirke eine flexiblere Reaktion auf unterschiedliche Bedarfe und eine bessere Abstimmung der Angebote.

Im Bezirk Hamburg-Mitte hat sich dabei die Verbindung von Koordinierungsstelle und Straßensozialarbeit bereits bewährt. In Altona wird eine entsprechende Struktur derzeit aufgebaut. Das bezirksübergreifende Zusammenwirken beider Strukturen stärkt die Wirksamkeit der Hilfen insgesamt und unterstützt die Ziele der Neukonzeption, mehr Menschen zu erreichen und schneller in Hilfen zu vermitteln.

Im Bezirk Harburg stellt sich die Situation anders dar. Der Sozialraum ist eigenständiger, die Zielgruppe ist weniger stark mit der Innenstadt vernetzt. Eine trägergestützte Straßensozialarbeit mit dem Diakonischen Werk als langjährigen Partner bleibt hier der richtige Ansatz.

Schrittweise Umsetzung im gesamten Stadtgebiet

Die Sozialbehörde setzt die Neukonzeption schrittweise im gesamten Stadtgebiet um. Grundlage ist eine wissenschaftliche Analyse, die zeigt: Die meisten obdachlosen Menschen halten sich in Hamburg-Mitte, Altona und Harburg auf.

Dort werden die Kapazitäten gezielt ausgebaut: Hamburg-Mitte erhält für die Straßensozialarbeit fünf Vollzeitstellen, Altona und Harburg jeweils drei. In Wandsbek, Bergedorf, Hamburg-Nord und Eimsbüttel wird die Straßensozialarbeit in einem zweiten Schritt gestärkt – angepasst an die jeweiligen Bedarfslagen und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Übergangsphase und Organisation in den weiteren Bezirken

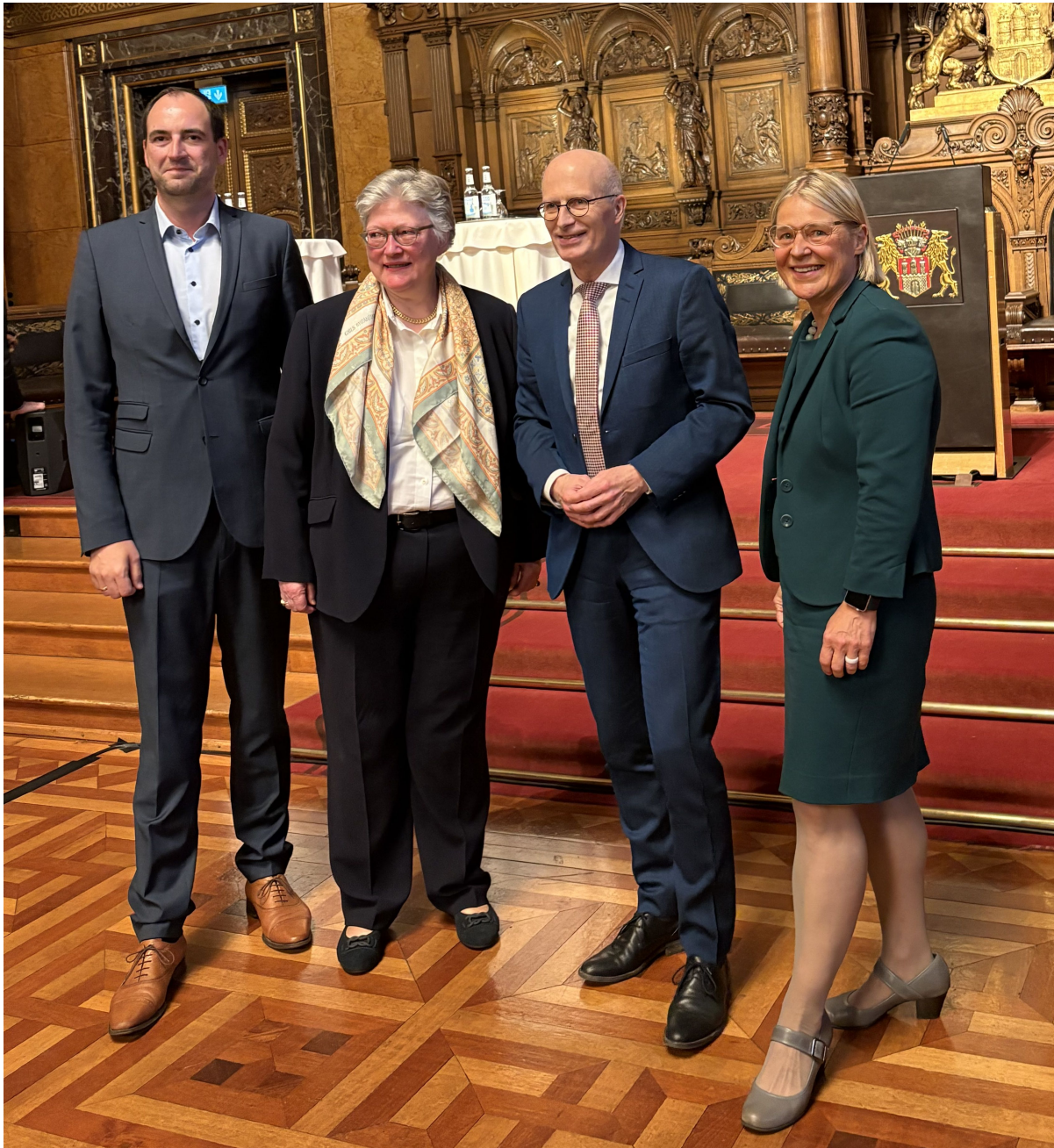
Bis zur vollständigen Umsetzung der neuen bezirklichen Strukturen in Hamburg-Mitte, Altona, der Übernahme der Straßensozialarbeit in Harburg durch das Diakonische Werk sowie dem weiteren Ausbau in den übrigen Bezirken wird die Straßensozialarbeit im gesamten Stadtgebiet weiterhin verlässlich sichergestellt:

- In Hamburg-Mitte erfolgt die Versorgung über bestehende bezirkliche Strukturen, insbesondere über die bei der bezirklichen Koordinierungsstelle Obdachlosigkeit angebotenen zwei Stellen Straßensozialarbeit sowie durch ergänzende mobile Angebote. Darüber hinaus führt das Diakonische Werk die Straßensozialarbeit im Bezirk Hamburg-Mitte aktuell fort, bis die entsprechenden bezirklichen Strukturen aufgebaut sind.
- In Altona wird die Straßensozialarbeit durch bereits vom Bezirksamt geförderte Projekte sowie ebenfalls durch ergänzende mobile Angebote sichergestellt.
- In den Bezirken Harburg, Wandsbek, Bergedorf, Hamburg-Nord und Eimsbüttel wird die Straßensozialarbeit in der Übergangsphase bedarfsorientiert durch überregional arbeitende, mobile Angebote abgesichert.

Dies erfolgt insbesondere durch das Projekt „Visite Sozial“ sowie das Streetwork-Mobil, die stadtweit flexibel eingesetzt werden und dabei auch auf Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern bedarfsorientiert reagieren können. Diese überbezirklichen Angebote werden im Rahmen der Neukonzeption gezielt gestärkt; beim Projekt „Visite Sozial“ wurde die Personalausstattung bereits von vier auf sechs Vollzeitäquivalente zuzüglich einer Teamleitungsstelle erhöht.

Darüber hinaus befindet sich die Sozialbehörde zurzeit in den Planungen für eine weitere Stärkung des Projektes „Visite Sozial“. In diesem Zusammenhang ist eine personelle Aufstockung um zwei weitere Vollzeitäquivalente sowie ein zweites – kleineres – Streetwork-Mobil vorgesehen.

200 Jahre Hartwig-Hesse-Stiftung



Am 5. Mai hat der Senat zum Empfang anlässlich des 200jährigen Jubiläums der Hartwig-Hesse-Stiftung geladen. Viele Gäste haben das lange Engagement der Stiftung gewürdigt. Auf dem Foto von links nach rechts, Maik Greb, Geschäftsführer der Stiftung, Annette Teichler, Vorsitzende des Stiftungskuratoriums, Dr. Peter Tschentscher, erster Bürgermeister und Kristin Alheid, Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hamburg.

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Regina Jäck
Neusurenland 107
22159 Hamburg
Deutschland

040-74214997